

Videokonferenz kann von SL erzwungen werden - oder gibt es Möglichkeiten sich zu wehren?

Beitrag von „Moebius“ vom 10. Januar 2021 08:00

[Zitat von o0Julia0o](#)

Wer kommt nach der Pandemie für die Schäden und Folgeschäden auf. Die Regierung hat es verpasst Leute einzustellen, die die Milliarden für die IT-Mittel abrufen, z.B. Endgeräte für Schüler und Lehrer. Jetzt werden viele Leben durch Mobbing und Pädophilie zerstört. Es wird Milliarden kosten, die ganzen Mittschritte wieder aus dem Netz zu bekommen. Vieles wird bleiben und der Schaden ersetzt werden müssen. Wer zahlt das? Jeder für sich allein oder die verantwortliche Regierung?

Wenn Lehrer Unterricht per Videokonferenz halten, führt das zu Pädophilie, alles klar.

Ich habe für jeden Kollegen Verständnis, der Bedenken in Bezug auf Videokonferenzen hat (ich bin auch kein Fan), sei es in Bezug auf den entstehenden Arbeitsaufwand oder auch in Bezug auf Bedenken wegen Bild- und Tonaufnahmen. Es gibt ja offensichtlich auch Möglichkeiten, beides im Blick zu haben, dafür gab es in dieses Thread ja genügend konstruktive Vorschläge.

Bei dir ist es aber offensichtlich anders rum: Du willst grundsätzlich keine Videokonferenzen halten und suchst jetzt Hebel um das zu erzwingen. Und da es mit einer rein juristische Argumentation wohl nicht funktioniert, eskaliert man halt auf der "moralischen" Ebene (Bitte wählen Sie: Nazivergleich / sexuelle Abartigkeit / Terrorismus).